



Wahlprüfsteine für die Abgeordnetenhauswahl 2011

Fragenkomplex 1: Förderung queerer Jugendarbeit:

Um die Finanzierung queerer Freiräume für Jugendliche ist es in Berlin derzeit nicht gut bestellt.

Das 2005 eingeführte Fördermodell steht einer zielgruppensensiblen Jugendarbeit im Weg und belohnt eher Quantität statt Qualität. Gleichzeitig werden Millionen für umstrittene Kampagnen wie die „Initiative sexuelle Vielfalt“ ausgegeben. An Beratungsangeboten für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans und Inter* mangelt es dabei nicht. Allerdings sind die wenigsten dieser Angebote auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet.*

Diese kennzeichnen sich durch das Schaffen von Schutzräumen für queere Jugendliche, einen besonders niederschweligen Zugang („die Jugendlichen dort abholen, wo sie sind“) sowie einen partizipatorischen Ansatz, umsetzbar unter anderem durch das „Peer to Peer“ Konzept.

- **Inwiefern sollten die Berliner Förderrichtlinien der Jugendverbandsarbeit Ihrer Meinung nach angepasst werden? Haben Sie hierfür bereits konkrete Ideen?**
- **WIE sollen die queeren kinder- und jugendgerechten Freizeit- und Beratungsangebote der Nachfrage entsprechend ausgeweitet und gesichert werden?**
- **Welche Prioritäten sollten beim Ausbau des Angebots entscheidend sein und wie stellen Sie sich seine Finanzierung vor?**
- **Wie stehen Sie der Schaffung eines überbezirklichen queeren Jugendzentrums in Berlin gegenüber?**
- **Wie kann angesichts des erschreckenden Ausmaßes an Homo-, Trans*- und Interphobie unter Jugendlichen die Aufklärungsarbeit verbessert werden?**



Fragenkomplex 2: Initiative sexuelle Vielfalt

Anfang letzten Jahres hat der Berliner Senat die „Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ (ISV) aus der Taufe gehoben. Jedoch wird Die ISV nicht durchweg positiv bewertet.

Die ISV läuft Ende dieses Jahres aus.

- **Werden Sie sich für eine Verlängerung der ISV einsetzen?**
- **Wenn ja: Welche Änderungen würden Sie am Konzept der ISV ggf. vornehmen?**

Queere Jugendliche beklagen oftmals eine mangelhafte Einbindung bei Planung und Durchführung der ISV.

- **Teilen Sie diese Kritik? Wenn ja: Welche konkreten Verbesserungsvorschläge haben Sie hier?**

Das dem ISV-Konzept zugrunde liegende „Top-Down Prinzip“ für Schulen, welches Lehrpersonal schult, jedoch keine nachhaltigen Ansätze in der Jugendarbeit bzw. Kooperationen mit Schüler_innenvertretungen verfolgt, wird oftmals als Kritikpunkt an der ISV angeführt.

- **Wie stehen Sie zu diesem „Top-Down Prinzip bzw. der genannten Kritik hieran?**

Die im Rahmen der ISV durchgeführte Kampagne "Berlin liebt - Respekt macht's möglich" wird innerhalb der queeren Szene von manchen als Geldverschwendung angesehen. Andere rügen die Botschaft der Kampagne und fürchten eine schlechtestenfalls kontraproduktive Wirkung auf die Mehrheitsgesellschaft.

- **Halten Sie trotz dieser massiven Kritik weitere ähnlich gelagerte Kampagnen für denkbar?**

Fragenkomplex 3: Queer und Handicap

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans und inter* Jugendliche mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen sind von einer besonderen Diskriminierung betroffen. Bisher gibt es berlinweit allerdings keine finanzierten Angebote für diese Zielgruppe.*

- **Sieht Ihre Partei an dieser Stelle Handlungsbedarf? Wenn ja: Wie könnte eine angemessene Förderung hier konkret aussehen?**



- **Halten Sie den Aufbau einer speziellen Infrastruktur für queere Jugendliche mit Handicap für angemessen? Wenn ja: Welche Angebote sollte dieses Netzwerk umfassen (Stichwort Aufklärung in der queeren Szene, aber auch in Werkstätten, Wohnheimen, Sonderschulen) und wie viele Fördermittel würden Sie hierfür veranschlagen?**

Fragenkomplex 4: Gewalt gegen LSBTI Menschen

Über die Häufigkeit trans- und homophober Übergriffe in Berlin gibt es keine zuverlässige Statistik. Die Zahlen des Gewaltpräventionsprojektes Maneo¹ lassen das Gesamtausmaß ansatzweise erahnen, auch wenn diese nur die Spitze des Eisbergs sein dürften.*

Im öffentlichen Leben, an Schulen, in Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportvereinen etc. sowie in Ausbildungsstätten und am Arbeitsplatz sehen sich queere Jugendliche immer wieder mit Unverständnis, Mobbing und Gewalt konfrontiert.

Zu dieser mittelbaren Gewalt spielen zudem enorme strukturelle Gewaltformen eine Rolle, etwa wenn Arbeitgeber_innen sich in Sorge um den „Ruf“ der Firma scheuen, queere Bewerber einzustellen.

*So offenbart z.B. eine niederländische Studie², dass als solche erkennbare Trans*Personen mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 90% mit Benachteiligungen bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz rechnen müssen. Und auch Lesben und Schwule werden heutzutage in verschiedensten gesellschaftlichen Zusammenhängen diskriminiert.*

- **Was werden Sie hiergegen unternehmen?**
- **Wie sehen Ihre Konzepte gegen homo-, trans* und inter*phob motivierte Gewalt in der Praxis aus?**
- **Was kann die Berliner Politik gegen die vielschichtige strukturelle Diskriminierung der queeren Bürger_innen der Stadt unternehmen?**

Fragenkomplex 5: Obdachlosigkeit

Statistiken zeigen, dass homosexuelle und trans Menschen statistisch ein deutlich höheres Risiko u.a. der Verarmung und Obdachlosigkeit haben. Die Obdachlosenhilfe Infrastruktur ist allerdings für queere Identitäten wenig sensibilisiert.*



*Queere Obdachlose in Notunterkünften oder Kriseninterventionseinrichtungen sind oftmals Anfeindungen seitens ihrer Mitbewohner_innen ausgesetzt, die von sexistischen Kommentaren, über Mobbing bis hin zu physischer Gewalt reichen. Das Fachpersonal in diesen Einrichtungen ist dem oftmals nicht gewachsen und verhält sich in seiner Unwissenheit nicht selten selbst (hetero)sexistisch gegenüber queeren Bewohner_innen, etwa durch die Aberkennung der Geschlechtsidentität von Trans*Menschen, das Reproduzieren von Geschlechterstereotypen und / oder postulierter „Zwangsheterosexualität“.*

- **Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um diesen Missstand zu beseitigen?**
- **Halten Sie in Anlehnung an die bestehenden Kriseninterventionseinrichtungen für Mädchen die Schaffung derartiger Einrichtung für LSBTI Jugendliche für sinnvoll und welche Impulse würden sie dadurch erwarten?**
- **Sollten zeitgemäße sexualpädagogische Kenntnisse für Sozialarbeiter_innen in Berliner Notunterkünften und Kriseninterventionseinrichtungen allgemein verpflichtend werden?**

Fragenkomplex 6: Rund ums Transsexuellengesetz

*In seinem Urteil von Februar dieses Jahres hat das Bundesverfassungsgericht den Sterilisationszwang und damit den Kern des Transsexuellengesetzes für grundgesetzeswidrig erklärt. Damit wurde eine alte Forderung vieler Trans*Menschen nun letztlich von der Judikative in die Tat umgesetzt. Jedoch ist die aktuelle Lage in der Praxis sehr in der Schwebe und bedarf gesetzlicher Neuregelungen.³*

- **Wird Ihre Partei sich für die Möglichkeit einer formlosen Vornamens- bzw. Personenstandsänderung für Trans* und Inter* Personen einsetzen?**
- **Halten Sie es auch für denkbar, Trans* und Inter*-Personen, die sich geschlechtsspezifisch nicht festlegen können oder wollen, die Möglichkeit eines neutralen Geschlechtseintrags zu eröffnen?**
- **Welche Maßnahmen würden Sie auf Landesebene zur Unterstützung von Trans* und Inter*-Personen unternehmen?**
- **Werden Sie sich für die Einrichtung spezieller (Antidiskriminierungs)-Beratungsstellen für trans* und inter* Jugendliche stark machen?**



Fragenkomplex 7: Ehe und Adoptionsrecht

Für manche queere Jugendliche, die sich in der Phase ihrer Lebensplanung befinden, spielen bereits die Themen Ehe und/oder Adoption eine große Rolle. 2001 wurde mit der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben unternommen.

Teilweise werden den homosexuellen Paaren durch das Lebenspartnerschaftsgesetz jedoch weniger Rechte eingeräumt, als ihnen in einer Ehe zustehen würden, weshalb die „eingetragene Lebenspartnerschaft“ auch als Ehe „zweiter Klasse“ in Verruf geraten ist. Auch im Adoptionsrecht werden homosexuelle Paare nach wie vor diskriminiert.

- **Setzt sich Ihre Partei auf Landesebene dafür ein, die „eingetragene Lebenspartnerschaft“ der Ehe rechtlich gleichzustellen bzw. die klassische Ehe, wie bereits in sieben anderen europäischen Ländern geschehen, auch für homosexuelle Paare zu öffnen?**
- **Sind Sie dafür, homosexuellen Paaren im Adoptionsrecht dieselben Rechte wie Hetero-Paaren einzuräumen? Wenn Ja: Was wird Ihre Partei auf Landesebene zur Verbesserung der rechtlichen Lage homosexueller Paare unternehmen?**
- **Wie gedenken Sie, Regenbogenfamilien in Berlin unmittelbar zu unterstützen, um ihren bis heute unbefriedigenden gesellschaftlichen und rechtlichen Status zu verbessern?**

Fußnoten

¹ <http://www.maneo.de/de/infopool/dokumentationen.html>,
[Umfrage 2 \(2007/2008\) – Materialband](#)

² <http://www.tgeu.org/node/128>

³ http://www.transsisters.de/tl_files/user_files/links/Studie_20100913_kurz.pdf